

10.09.2004 - 16:42 Uhr

Pensionskassen-Tagung der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB)

Bern (ots) -

Eine heute nachmittag von der VGB durchgeführte Infotagung zeigte das grosse Interesse der Bundesangestellten an der Pensionskassenpolitik des Bundes. Die soziale Sicherheit im Alter nach der Erwerbsarbeit ist ein epochaler Fortschritt des 20. Jahrhunderts. Der Bund muss hier als Arbeitgeber weiterhin vorbildlich handeln. Zu diesem Ziel verabschiedeten die über 100 anwesenden Bundesangestellten und Mitglieder der VGB-Gewerkschaften PVB, garaNto und VPOD die nachstehende Resolution.

R e s o l u t i o n

Die Gewerkschaften PVB, VPOD und garaNto sind nicht bereit, im Zuge des immer anmassenderen rein politisch motivierten Spardrucks und Personalabbaus auch noch einen zusätzlichen Leistungsabbau bei den Leistungen der Pensionskasse Publica hinzunehmen. An der Pensionskassen-Tagung der Verhandlungsgemeinschaft Bundespersonal (VGB) stellten die betroffenen und zahlreich anwesenden Bundesangestellten folgende Forderungen:

1. Rentenalter 62 mit der bis zum AHV-Alter garantierten Überbrückungsrente ist eine unverzichtbare Errungenschaft. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern.
2. Der volle Teuerungsausgleich auf Renten darf nicht gestrichen werden. Dies führt längerfristig zu einem nicht vertretbaren Kaufkraftverlust der Renten. Die Verantwortlichen der Publica müssen dafür sorgen, dass die Pensionskasse des Bundes schnellstmöglichst die volle Teuerung aus eigener Kraft ausgleichen kann.
3. Der beschleunigte Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat ist nur ohne gleichzeitigen Leistungsabbau akzeptabel. Der damit finanziell stark entlastete Bund muss den neuen Spielraum für höhere Beiträge nutzen, um das heutige Leistungsniveau für alle Bundesangestellten zu halten.
4. Die Überbrückungsrente vor dem AHV-Alter darf für Normalverdienende nicht ein unbezahlbarer Luxusartikel sein. Der Bundesrat muss deshalb mit den Personalverbänden eine soziale Beitragsfinanzierung erarbeiten.
5. Das Rentenalter zwischen 60 und 65 ist eine Realität. Reorganisationen, zunehmender Stress und wachsende Belastungen vertreiben ältere Arbeitnehmende geradezu aus der Arbeitswelt. Der flexible Ruhestand braucht soziale Lösungen. Der Bund hat eine. Jeder Abbau hier ist realitätsfremd und unsozial.

Für Auskünfte: Rolf Zimmermann (Geschäftsstelle) 079 756 89 59